Stand: 27.04.2024 07:09:41

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/8760

"Vorabwiderspruchsrecht bei allen Geodatendiensten!"

Vorgangsverlauf:

1. Dringlichkeitsantrag 16/8760 vom 24.05.2011
2. Plenarprotokoll Nr. 77 vom 25.05.2011
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/10600 des VF vom 10.11.2011
4. Beschluss des Plenums 16/10716 vom 13.12.2011
5. Plenarprotokoll Nr. 90 vom 13.12.2011

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**8760**
24.05.2011

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote, Christine Kamm, Dr. Sepp Dürr, Christine Stahl, Susanna Tausendfreund, Simone Tolle** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Vorabwiderspruchsrecht bei allen Geodatendiensten!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. im Hinblick auf die begonnenen Aufnahmefahrten der Firma Microsoft für den Geodatendienst Bing Maps Streetside folgende Maßnahmen zu treffen:

   a) unter Ausschöpfung aller zur Verfügung stehenden rechtlichen Möglichkeiten dafür Sorge zu tragen, dass auch die Firma Microsoft

      aa) die zwischen dem Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit und der Firma Google vereinbarten datenschutzrechtlichen Mindeststandards für Geoinformationsdienste einhält,

      bb) die in dem Beschluss des Landtags vom 18. Juni 2009 (Drs. 16/1555) enthaltenen Forderungen entsprechend erfüllt,

   b) insbesondere sicherzustellen, dass die Firma Microsoft den Bürgerinnen und Bürgern ein Vorabwiderspruchsrecht gegen die Veröffentlichung sie betreffender Aufnahmen einräumt,

   c) zu gewährleisten, dass die Firma Microsoft alle Gemeinden in Bayern, in denen Aufnahmen stattfinden werden, so rechtzeitig von den Aufnahmefahrten in Kenntnis setzt, dass diese ihrerseits die Bürgerinnen und Bürger vorher von der Möglichkeit (Zeitpunkt, Form, Adressat usw.), gegen die Aufnahme des Grundstücks oder Hauses Widerspruch einlegen zu können, informieren können,

   d) dafür Sorge zu tragen, dass die Unkenntlichmachung der Aufnahmen von Grundstücken und Häusern auch tatsächlich und unumkehrbar erfolgt und auch die sog. „Rohdaten“ erfasst,

   e) alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um auszuschließen, dass durch die Kameraaufnahmefahrten weitere sensible Daten erhoben werden,

   f) solange diese Forderungen nicht erfüllt sind und die Bürgerinnen und Bürger nicht von der Firma über ihr Widerspruchsrecht informiert wurden, keine weiteren Kamerafahrten durch das betreffenden Unternehmen zuzulassen,

2. sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass endlich eine rechtsverbindliche Regelung der Rechte der Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf Geodatendienste festgelegt wird und dabei insbesondere ein gesetzlich verbrieftes Vorabwiderspruchsrecht geschaffen wird.

Begründung:

Seit Kurzem haben in Bayern Kameraaufnahmefahrten der Firma Microsoft für den Geodatendienst Bing Maps Streetside begonnen. Diese Kamerafahrten finden weiterhin in einer rechtlichen Grauzone statt.

Der auf einer GRÜNEN-Initiative beruhende Gesetzentwurf des Bundesrats zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes (Drs. 259/10) vom 29. Juli 2010 mit dem Ziel, gesetzliche Rahmenbedingungen für Geodatendienste zu schaffen, ist bis heute nicht in Kraft getreten. Der Gesetzentwurf regelt die frühzeitige Bekanntgabe von Kamerafahrten, die Unkenntlichmachung von Personen und Kfz-Kennzeichen und das Recht jeder Bürgerin und jedes Bürgers, sich gegen eine Zurschaustellung im Internet vorab zur Wehr zu setzen.

Unter Federführung des Interessenverbands BITKOM wurde stattdessen ein rechtlich nicht verbindlicher Datenschutz-Kodex für Geodaten-Dienste entwickelt. Die Selbstverpflichtung der Anbieter von Geodatendiensten reicht aber nicht aus, um die informationelle Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger ausreichend zu schützen. Insbesondere sieht dieser Kodex kein Vorabwiderspruchsrecht gegen die Veröffentlichung von Aufnahmen vor. Zudem sind auch die darin enthaltenen unzureichenden Regelungen bis heute nicht vollständig umgesetzt. So existiert z.B. noch immer kein zentrales Internetportal für Informationen und Widersprüche als einheitliche Anlaufstelle für Verbraucherinnen und Verbraucher.

Trotzdem darf nun die Firma Microsoft für ihren Dienst Aufnahmefahrten in Bayern durchführen, obwohl zwischen Microsoft und der zuständigen Aufsichtsbehörde, dem Bayerischen Landesamt für Datenschutzaufsicht, nicht einmal ein Vorabwiderspruchsrecht der Bürgerinnen und Bürger unstrittig steht.

Die Staatsregierung muss dafür Sorge tragen, dass bis heute offene datenschutzrechtlichen Probleme im Zusammenhang mit virtuellen Straßendiensten (z.B.: Kamerahöhe, Identifizierbarkeit von Personen) beseitigt werden und dass alle Anbieter von Geodatendiensten im Internet ein einheitliches, hohes Datenschutzniveau einhalten und die Persönlichkeitsrechte der Bürgerinnen und Bürger unangetastet bleiben.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

weil Sie Ihrer Verantwortung nicht gerecht geworden sind.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Machen Sie es doch besser!)

Dieser Verantwortung müssen wir uns alle stellen. Da bringt auch Ihre Lautstärke nichts. Wie gesagt, Sie haben sich der Aufgabe damals nicht gestellt. Wir stellen uns ihr.

Dazu gehört, Herr Kollege Wörner, dass wir auf der einen Seite dieses Erkundungsverfahren zu Ende führen. Es gehört aber auch dazu - das hat zum Beispiel meine Partei auf ihrem Bundesparteitag beschlossen -, dass wir ein objektives Verfahren, und zwar über alle Bundesländer hinweg, einleiten, in dem Alternativen geprüft werden, insbesondere bei der Frage, was zum Beispiel das Thema technologisch rückholbare Endlagerung angeht. Bei dieser objektiven Untersuchung kann sich kein Bundesland ausschließen, das gebietet die Solidarität der Bundesländer untereinander.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP - Ulrike Gote (GRÜNE): Weiß das Herr Seehofer schon?)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen herzlichen Dank, Herr Minister. Weitere Zwischenbemerkungen liegen mir nicht vor.

Da wir schon festgestellt haben, dass es kurz nach 19.30 Uhr ist, können wir die Abstimmung nicht mehr durchführen. Es ist angezeigt worden, diesen Antrag in den Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie zu überweisen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Die anderen elf Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 16/8753 mit 16/8760 und 16/8772 mit 16/8774 werden ebenfalls in die in der Liste ausgedruckten Ausschüsse überwiesen. Bezüglich der beiden Anträge zum Thema Euratom ist der Umweltaus-

schuss federführend. - Auch hier ergibt sich kein Widerspruch. Dann ist so beschlossen und die Anträge sind an die federführenden Ausschüsse verwiesen.

Abschließend noch eine kurze Bemerkung: Sollten wir nicht doch einmal überprüfen, mit welchem parlamentarischen Stil wir hier im Haus miteinander umgehen? Im Nachklapp zu der Debatte bin ich nicht eingeschritten. Aber ich fand zumindest eine Bemerkung etwas fragwürdig.

Jetzt wünsche ich uns eine schöne Abendveranstaltung im Saal mit den Behinderten und einen guten Nachhauseweg. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 19.55 Uhr)

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**10600**
10.11.2011

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 16/**8760**

Vorabwiderspruchsrecht bei allen Geodatendiensten!

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Die Überschrift erhält folgende Fassung: „Vorabwiderspruchsrecht bei allen privaten Geodatendiensten“
2. Der Antrag erhält folgende Fassung:

   „Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass endlich eine rechtsverbindliche Regelung der Rechte der Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf alle private Geodatendienste festgelegt wird und dabei insbesondere ein gesetzlich verbrieftes Vorabwiderspruchsrecht geschaffen wird.“

Berichterstatterin: **Christine Stahl**
Mitberichterstatterin: **Petra Guttenberger**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 64. Sitzung am 10. November 2011 beraten und einstimmig mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

Franz Schindler
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**10716**
13.12.2011

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote, Christine Kamm, Dr. Sepp Dürr, Christine Stahl, Susanna Tausendfreund, Simone Tolle** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 16/**8760**, 16/**10600**

Vorabwiderspruchsrecht bei allen privaten Geodatendiensten!

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass endlich eine rechtsverbindliche Regelung der Rechte der Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf alle private Geodatendienste festgelegt wird und dabei insbesondere ein gesetzlich verbrieftes Vorabwiderspruchsrecht geschaffen wird.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten, einen Verordnungsentwurf und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste, die Ihnen bekannt ist.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind alle Fraktionen des Hauses und Frau Dr. Pauli. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. - Es gibt keine. Enthaltungen? - Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über Verfassungsstreitigkeiten, einen Verordnungsentwurf und nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 8)

Es bedeuten:

(E)	**einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses**
(G)	**Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen**
(ENTH)	**Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss**
(A)	**Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss**
(Z)	**Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss**

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayrischen Verfassungsgerichtshofs vom 17.10.2011 (Vf. 9-VII-11) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Art. 2 Nr. 6, Art. 3 Abs. 1 Satz 1 und Art. 6 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes zum Schutz der Gesundheit (Gesundheitsschutzgesetz - GSG) vom 23. Juli 2010 (GVBl S. 314, BayRS 2126-3-UG)
PII/G-1310/11-9
Drs. 16/10530 (E)

   Votum des federführenden Ausschusses für
   Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

   I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.

   II. Der Antrag ist unbegründet. Aufgrund der gefestigten Rechtsprechung wird auf eine weitere Stellungnahme verzichtet.

   III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	**SPD**	**FREIE WÄHLER**	**GRÜ**	**FDP**
Z	Z	Z	Z	Z

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 4. November 2011 (Vf. 14-VII-11) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des § 1 Nr. 2 und des § 2 des Gesetzes zur Änderung des Landeswahlgesetzes vom 25. Oktober 2011 (GVBl S. 506, BayRS 111-1-I), soweit die Anlage zu Art. 5 Abs. 4 des Landeswahlgesetzes die Neueinteilung der Stimmkreise im Wahlkreis Oberfranken betrifft
PII/G-1310/11-10
Drs. 16/10531 (G)

   Votum des federführenden Ausschusses für
   Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

   I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.

   II. Der Antrag ist unbegründet.

III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Prof. Dr. Winfried Bausback bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
Z	A	A	A	Z

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 17. November 2011 (Vf. 15-VII-11) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Bebauungsplans Nr. 159 „Krippenhaus zwischen Birken- und Eulenweg“ der Gemeinde Vaterstetten vom 8. November 2011
PII/G-1310/11-11
Drs. 16/10627 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
Z	Z	Z	Z	Z

4. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts -Erster Senat- Der Vorsitzende vom 20.10.2011 (1BvF 4/11) betreffend Verfahren zur verfassungsrechtlichen Prüfung, ob

a) Art. 1 § 1 des Gesetzes zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland und zu dem Vertrag zum Europäischen Fernsehkulturkanal vom 19. November 1991 (GVBl BW S. 745),

b) der Zustimmungsbeschluss des Bayerischen Landtags zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland vom 12. Dezember 1991 (Drs. 12/4324),

c) § 1 des Gesetzes zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland vom 31. August 1991 zu Art. 36 des Einigungsvertrages vom 19. Dezember 1991 (GVBl S. 309) -Berlin -,

d) § 1 des Gesetzes zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland vom 6. Dezember 1991 (GVBl I S. 580) - Brandenburg -,

e) Art. 1 § 1 Abs. 1 des Gesetzes zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland und zu dem Vertrag zum Europäischen Fernsehkulturkanal vom 17. September 1991 (GVBl S. 273) – Bremen -,

f) Art. 1 Abs. 1 des Gesetzes zum Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland vom 16. Dezember 1991 (GVBl S. 425) – Hamburg -,

g) Art. 1 des Gesetzes zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland vom 13. Dezember 1991 (GVBl S. 367) – Hessen -,

h) § 1 Abs. 1 des Gesetzes zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland vom 5. Dezember 1991 (GVBl M-V S. 494),

i) Art. 1 Abs. 1 des Gesetzes zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland vom 25. November 1991 (GVBl S. 311) - Niedersachsen -,

j) der Zustimmungsbeschluss des Landtags Nordrhein-Westfalen zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland vom 14. November 1991 (Plenarprotokoll 11/43, 5110 (D); GV.NW S. 408),

k) § 1 des Landesgesetzes zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland vom 10. Dezember 1991 (GVBl S. 369) - Rheinland-Pfalz -,

l) Art. 1 Abs. 1 des Gesetzes Nr. 1279 über die Zustimmung zum Staatsvertrag über den

Rundfunk im vereinten Deutschland vom 29. Oktober 1991 (ABl S. 1290) -Saarland-,

m) Art. 1 des Gesetzes zum Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland vom 19. Dezember 1991 (SächsGVBl S. 425),

n) Art. 1 Abs. 1 des Gesetzes zum Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland vom 12. Dezember 1991 (GVBl LSA S. 478),

o) Art. 1 Abs. 1 des Gesetzes zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland und zur Änderung des Landesrundfunkgesetzes vom 12. Dezember 1991 (GVOBI Schl.-H. S. 596),

p) § 1 Abs. 1 des Gesetzes zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland vom 18. Dezember 1991 (GVBl S. 635) - Thüringen -

unvereinbar mit dem Grundrecht der Rundfunkfreiheit (Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG) ist, soweit die vorgenannten Gesetze und Beschlüsse die Zustimmung und den Normanwendungsbefehl zu § 20, § 21 Abs. 1 Buchst. a) - c), g) -r), Abs. 3 Satz 1 und 2, Abs. 4, Abs. 6, Abs. 8 Satz 2, Abs. 10 Satz 2, § 22 Abs. 1, § 23 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2, Abs. 3, Abs. 4, § 24 Abs. 1, Abs. 3 Satz 2 i.V.m. § 21 Abs. 10 Satz 2 analog, § 25 Abs. 2, § 26 Abs. 1 Satz 1 und 2, Abs. 3 Satz 1, § 27 Abs. 2, § 28 des ZDF-Staatsvertrages (Art. 3 des Staatsvertrages über den Rundfunk im vereinten Deutschland vom 31. August 1991 (-GVBl S. 383-) enthalten.
PII/G-1320/11-3
Drs. 16/10537 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

I. Der Landtag tritt dem Verfahren bei.

II. Der Normenkontrollantrag wird für unbegründet erachtet.

III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
Z	A	A	A	Z

Zustimmung zu einem Verordnungsentwurf

5. Antrag der Staatsregierung
auf Zustimmung gemäß Art. 21 Abs. 2 Satz 4 des Denkmalschutzgesetzes zum Entwurf einer Elften Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Entschädigungsfonds nach dem Denkmalschutzgesetz
Drs. 16/9952, 16/10640 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
Z	Z	Z	**ohne**	Z

bzw. gleichlautendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
Z	Z	Z	Z	Z

Anträge

6. Antrag des Abgeordneten Oliver Jörg CSU
Ehrungen für Bürgerinitiativen, Selbsthilfeprojekte und andere neue Formen des bürgerschaftlichen Engagements konzipieren
Drs. 16/7440, 16/10547 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
Z	Z	Z	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sanierungsbedarf bei staatlichen Gebäuden
Drs. 16/8488, 16/10461 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
A	Z	Z	Z	A

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Vorabwiderspruchsrecht bei allen Geodatendiensten!
Drs. 16/8760, 16/10600 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
Z	Z	Z	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Josef Zellmeier CSU, Brigitte Meyer, Renate Will, Julika Sandt u.a. FDP
Kohärenz und Koordinierung der Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements stärken
Drs. 16/8788, 16/10645 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
Z	Z	Z	Z	Z

10. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sachbezogene und vorausschauende Personalplanung statt Wiederbesetzungssperre
Drs. 16/8947, 16/10462 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
A	Z	Z	Z	A

11. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Dr. Linus Förster, Martin Güll u.a. SPD
Mittendrin statt Parallel III - Einreise und Aufenthalt ausländischer Künstlerinnen bzw. Künstler und Kreativschaffender in Bayern erleichtern
Drs. 16/9108, 16/10620 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
A	Z	A	Z	A

12. Antrag der Abgeordneten Maria Noichl u.a. SPD
Verwaltungsstunden an der Astrid-Lindgren-Schule Rosenheim
Drs. 16/9135, 16/10545 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
A	Z	A	Z	A

13. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Oliver Jörg, Heinz Donhauser u.a. CSU, Dr. Andreas Fischer, Tobias Thalhammer, Dr. Otto Bertermann u.a. FDP
Stärkung der Jugendfreiwilligendienste - Konzeptionelle Weiterentwicklung des FSJ/FÖJ
Drs. 16/9203, 16/10647 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
Z	Z	Z	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Karsten Klein, Dr. Franz Xaver Kirschner, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. und Fraktion (FDP)
„E-Bilanz“ zum Erfolg führen - bürokratische Hürden vermeiden
Drs. 16/9217, 16/10463 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
Z	ENTH	Z	ENTH	Z

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, das Votum „Enthaltung“ der Abstimmung zugrunde zu legen

15. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Berichtsantrag zur Situation des Bundesfreiwilligendienstes im Freistaat Bayern
Drs. 16/9403, 16/10624 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
Z	Z	Z	Z	Z

16. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Susann Biedefeld u.a. SPD
Neukonzeption der Finanzkassen in Bayern aus einem Guss und nicht am Landtag vorbei!
Drs. 16/9411, 16/10464 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
A	Z	ENTH	ENTH	A

17. Antrag der Abgeordneten Dr. Thomas Beyer, Annette Karl, Bernhard Roos u.a. SPD
Neugestaltung der Cluster-Offensive nicht ohne das Parlament
Drs. 16/9652, 16/10551 (E) [X]

Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 GeschO:
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
Z	Z	Z	Z	Z

18. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Dienstbefreiung bei Geburt eines eigenen Kindes auch für unverheiratete Beamte
Drs. 16/9680, 16/10625 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
A	Z	A	Z	A

19. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kein Patent auf Leben
Drs. 16/9681, 16/10655 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
A	Z	Z	Z	A

20. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Aufnahme des Fachs "Ökolandbau" in die Unterrichtspläne aller Landwirtschaftsschulen und höheren Landwirtschaftlichen Lehranstalten in Bayern
Drs. 16/9687, 16/10649 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
A	Z	Z	Z	A

21. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Dr. Thomas Beyer, Annette Karl u.a. SPD
Fahrradmitnahme in Zügen
Drs. 16/9704, 16/10552 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
A	Z	A	Z	A

22. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Spielhallen ins Geldwäschegesetz aufnehmen
Drs. 16/9729, 16/10656 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
A	Z	ENTH	Z	A

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Maria Noichl, Horst Arnold u.a. und Fraktion (SPD)
Kein Tiermehl im Futtertrog
Drs. 16/9773, 16/10388 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
Z	Z	Z	Z	Z

24. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verkehrsprojekte im strukturschwachen Raum - Oberau B 2 neu
Drs. 16/9774, 16/10391 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
A	Z	Z	A	A

25. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Veröffentlichung der Ergebnisse von Hygiene-Kontrollen
Drs. 16/9798, 16/10650 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
A	Z	A	Z	A

26. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bedeutung der Informatik in der gymnasialen Oberstufe stärken
Drs. 16/9835, 16/10633 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
A	ENTH	Z	ENTH	A

27. Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Dr. Simone Strohmayr, Isabell Zacharias u.a. SPD
Arbeitsergebnisse der Enquete-Kommission "Jungsein in Bayern" umsetzen: Jugendkulturarbeit
Drs. 16/9842, 16/10634 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
A	Z	ENTH	Z	A

28. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Inge Aures, Reinhold Perlak u.a. SPD
BOS-Digitalfunk
Drs. 16/9900, 16/10587 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
Z	Z	Z	Z	Z

29. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger u.a. und Fraktion (SPD)
Mehr Investitionen in Kinderbetreuung statt teures Betreuungsgeld!
Drs. 16/9913, 16/10526 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
A	Z	A	Z	A

30. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Hacker, Karsten Klein, Tobias Thalhammer u.a. und Fraktion (FDP), Georg Schmid, Renate Dodell, Georg Winter u.a. und Fraktion (CSU)
Keine Vervielfachung des Finanzvolumens des EFSF
Drs. 16/9916, 16/10613 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
Z	A	ENTH	ENTH	Z

31. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Reserl Sem, Albert Füracker u.a. und Fraktion (CSU), Dr. Otto Bertermann, Thomas Dechant, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. und Fraktion (FDP)
EU-Vorschläge auf den richtigen Weg bringen - Betriebe zukunftsfähig machen - Bürokratiemonster verhindern
Drs. 16/9917, 16/10387 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
Z	A	A	A	Z

32. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Personalsituation in der bayerischen Justiz
Drs. 16/9919, 16/10601 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
Z	Z	Z	Z	Z

33. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Maria Noichl, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)
Keine Patente auf Saatgut, Tiere und Lebensmittel
Drs. 16/9921, 16/10657 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
A	Z	Z	Z	A

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Reform der Unterbringungsverwaltung rückgängig machen - Ministerratsbeschluss vom 19. April 2005 sofort aufheben!
Drs. 16/9923, 16/10548 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
A	Z	Z	Z	A

35. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Die Weichen richtig stellen - statt Betreuungsgeld Chancengerechtigkeit
Drs. 16/9924, 16/10527 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
A	Z	A	Z	A

36. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Mannfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Endlich Klarheit bei der EFSF schaffen und die wirklichen Probleme der aktuellen Krise angehen
Drs. 16/9928, 16/10614 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
A	ENTH	Z	Z	A

37. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
EFSF und ESM: Keine weiteren Kreditzusagen und Haftungsübernahmen ohne gleichzeitigen Einsatz für Finanzmarktregulierung und für die Umkehr der Umverteilung von unten nach oben
Drs. 16/9929, 16/10615 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
A	ENTH	Z	Z	A

38. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für eine großzügige und humanitäre Bleiberechtsregelung
Drs. 16/9931, 16/10659 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
A	Z	Z	Z	A

39. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
MOX-Einsatz im Atomkraftwerk Gundremmingen aussetzen
Drs. 16/10013, 16/10389 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
Z	Z	Z	Z	Z

40. Antrag der Abgeordneten Max Strehle, Angelika Schorer, Johannes Hintersberger u.a. CSU
Lärmschutz bei öffentlichen Veranstaltungen
Drs. 16/10074, 16/10390 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
Z	Z	Z	Z	Z

41. Antrag der Abgeordneten Sylvia Stierstorfer, Dr. Otto Hünnerkopf, Markus Blume u.a. CSU
Ergebnisse der Lebensmittelüberwachung
Drs. 16/10079, 16/10525 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
Z	Z	Z	Z	Z

42. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Dr. Florian Herrmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
Keine Beeinträchtigung der Tier- und Pflanzenzucht durch Patente
Drs. 16/10080, 16/10658 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
Z	Z	Z	Z	Z

43. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar, Natascha Kohnen u.a. SPD
Lernen aus den Pandemien 2006 („Vogelgrippe H5N1“) und 2009 („Schweinegrippe“ H1N1) und Konsequenzen für die Zukunft
Drs. 16/10086, 16/10651 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
Z	Z	Z	Z	Z

44. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias u.a. SPD
Planungen zum Museum der Bayerischen Geschichte
Drs. 16/10099, 16/10604 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
Z	Z	Z	Z	Z

45. Antrag der Abgeordneten Prof. Ursula Männle, Konrad Kobler, Alexander König u.a. CSU,
Dr. Linus Förster, Adelheid Rupp, Reinhold Perlak SPD,
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Dr. Andreas Fischer, Thomas Dechant, Dr. Annette Bulfon u.a. und Fraktion (FDP)
Subsidiarität - Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über strafrechtliche Sanktionen für Insider-Geschäfte und Marktmanipulation - KOM(2011) 654 endg.
(BR-Drs. 646/11)
Drs. 16/10541, 16/10654 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
Z	Z	**ohne**	Z	Z

Die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde legen.

46. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge,
Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ausgestaltung des neuen Dienstrechts
Drs. 16/9702, 16/10187

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

der Antrag für erledigt erklärt hat

47. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge,
Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Kürzung bei den Kfz-Beihilfen für Menschen mit Behinderung in Oberbayern
Drs. 16/7499, 16/10660

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

der den Antrag für erledigt erklärt hat

48. Antrag der Abgeordneten Sabine Dittmar, Kathrin Sonnenholzner,
Ludwig Wörner u.a. SPD
Bericht über den aktuellen Sachstand der Sanierung der Sattler-Altlast
in der Gemeinde Schonungen
Drs. 16/9827, 16/10285

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

der den Antrag für erledigt erklärt hat

49. Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster u.a. SPD, Markus Rinderspacher
Erhalt der Schleusenbrücken über den Alten Kanal (Ludwig-Donau-Main-Kanal)
in Nürnberg
Drs. 16/10075, 16/10617

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

der den Antrag für erledigt erklärt hat

50. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge,
Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Fahrzeugpool bei der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG)
Drs. 16/10124, 16/10549

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

der den Antrag für erledigt erklärt hat

51. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über die staatliche Verbundberatung durch die BayWa AG
Drs. 16/10144, 16/10386

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

der den Antrag für erledigt erklärt hat

52. Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Horst Arnold, Annette Karl u.a. SPD
Christbaumkulturen in Bayern
Drs. 16/9752, 16/10524

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

der den Antrag in seiner Zweitberatung für erledigt erklärt hat

53. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayernkolleg Augsburg erhalten und weiterentwickeln
Drs. 16/9145, 16/10631 (A) [X]

Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
Z	Z	Z	Z	Z